

Zukunft sozialdemokratischer Entwicklungspolitik nach der Zeitenwende

1. Globale Herausforderungen in unsicheren Zeiten

Wir stehen vor großen globalen Herausforderungen in unsicheren Zeiten. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bringt unermessliches Leid für die ukrainische Bevölkerung, zerstört die europäische Friedensordnung und hat verheerende Auswirkungen auf die globale Ernährungssituation. Dieser tiefe Einschnitt – von Bundeskanzler Olaf Scholz als Zeitenwende bezeichnet – hat tiefgreifende Veränderungen mit sich gebracht, für uns in Deutschland und Europa, aber auch weltweit.

Aber unsere Welt ist nicht nur wegen und nicht erst durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands im Umbruch. Konflikte überschatten in vielen Regionen der Welt Entwicklungsperspektiven. Und durch den brutalen Überfall der Hamas auf Israel ist der Konflikt im Nahen Osten neu entflammt, der die gesamte Region betrifft.

Die regelbasierte Ordnung ist insgesamt fragil geworden und gemeinschaftliche Lösungsansätze in internationalen Beziehungen sind geschwächt. In Zeiten globaler Herausforderungen wie der Klimakrise, zunehmender Flucht und (Klima-) Migration oder auch einer weltweiten Ernährungskrise braucht man daher mehr denn je verlässliche Partner:innen, starke Allianzen und eine wirksame internationale Zusammenarbeit.

Wir sind als SPD Fraktion im Deutschen Bundestag überzeugt, dass es einen Wandel in der internationalen Zusammenarbeit braucht und mehr denn je globale Antworten und gemeinsame Anstrengungen gefordert sind. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik kann und muss hier einen entscheidenden Beitrag leisten und zusammen mit unseren Partnerländern des Globalen Südens gemeinsame Lösungen formulieren.

2. Grundlagen und Werte sozialdemokratischer Entwicklungspolitik

Die uns in der Entwicklungspolitik leitenden sozialdemokratischen Werte sind **Frieden, Freiheit, (Geschlechter-) Gerechtigkeit und internationale Solidarität**. Den Rahmen für unser entwicklungspolitisches Handeln bilden die **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** und das **Pariser Klimaabkommen**.

Ein **de-kolonialer Ansatz** ist zentrale Grundlage unserer Entwicklungspolitik. Wir wollen koloniale Kontinuitäten und damit rassistische und koloniale Machtstrukturen aufbrechen und stetig abbauen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Kolonialgeschichte und dem vorherrschenden Entwicklungsparadigma sowie die Förderung von Diversität und Repräsentanz des Globalen Südens in der Zusammensetzung von Vorständen in Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie mehr Mitsprache in multilateralen Organisationen, in den Vereinten Nationen oder der Weltbank.

Feministische Entwicklungspolitik

Leitbild unseres Handelns ist eine **feministische Entwicklungspolitik**, die diskriminierende Strukturen für Frauen, Kinder und insbesondere Mädchen sowie marginalisierte Gruppen abbauen soll. Unsere Entwicklungspolitik berücksichtigt, dass es verschiedene Formen von Diskriminierung gibt und versucht bestehende Machtstrukturen innerhalb, aber auch zwischen Gesellschaften aufzubrechen. Wir beziehen dabei besonders marginalisierte Gruppen aktiv ein und setzen auf partnerschaftliche Zusammenarbeit mit feministischen Netzwerken und Akteur:innen. Mit unseren Partnerländern arbeiten wir im Dialog an der Überwindung geschlechterbasierter Gewalt und dem Abbau diskriminierender Strukturen und verfolgen dabei einen intersektionalen Ansatz.

Agenda 2030 / Sustainable Development Goals

Wir verstärken unsere Anstrengungen zur Erreichung der **Sustainable Development Goals**. Denn bei mehr als 30 Prozent der Ziele gibt es keine Fortschritte bzw. aufgrund der Coronapandemie und des russischen Angriffskriegs gegen die der Ukraine sogar Rückschritte. So hat der jährliche SDG-Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs der Weltgemeinschaft im Mai 2023 ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt: Die Zusagen von 2015 sind in Gefahr und werden nach derzeitigem Stand nicht erreicht. Besonders schlecht ist es um das Ziel „Kein Hunger bis 2030“ bestellt: Seit 2015 ist die Zahl der hungernden Menschen auf weltweit 735 Millionen angestiegen. Daher unterstreichen wir unser Bekenntnis zur Agenda 2030.

Nachhaltige Finanzierung für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklungspolitik braucht eine **ausreichende und langfristig abgesicherte Mittelausstattung**. Deshalb wollen wir bei steigenden Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit entsprechend anheben sowie unsere Zusagen zur Klimafinanzierung einhalten. Ein wichtiges Ziel bleibt die Einhaltung der ODA-Quote, auch in den kommenden Jahren. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland mindestens 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit und davon 0,2 Prozent für die Staaten mit den geringsten Einkommen aufwendet. Außerdem streben wir das 0,1-Prozent-Ziel für Investitionen in Globale Gesundheit an.

Darüber hinaus unterstützen wir das Ziel den Anteil der Vorhaben, die auf das Thema Geschlechtergerechtigkeit einzahlen, bis 2025 auf 93 Prozent zu erhöhen und werden uns dafür einsetzen, vermehrt multilaterale Finanzierungsmechanismen einzusetzen, die eine gleichberechtigte Zusammenarbeit der beteiligten Regierungen ermöglichen.

Wir unterstützen die Reformbestrebungen der Weltbank hinsichtlich eines neuen Finanzierungs- und Geschäftsmodells. Das Ziel ist eine Bank, die die sozial-ökologische Transformation voranbringt und die den Ländern des Globalen Südens Investitionsanreize bietet, in globale öffentliche Güter wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit oder auch moderne Gesundheitsdienstleistungen zu investieren.

Die kritische Verschuldungssituation vieler Länder des Globalen Südens steht einer Erreichung der SDGs im Wege. Wir sind daher überzeugt, dass wir unser im Koalitionsvertrag formuliertes Ziel einer Initiative für ein Staateninsolvenzverfahren nicht aufgeben dürfen. Aktuell laufende Entschuldungsinitiativen bieten häufig keinen dauerhaften Schutz gegen neue Verschuldung und das "Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI" mit Blick auf faire Staateninsolvenzverfahren greift zu kurz. Es braucht ein internationales Verfahren, das sowohl staatliche als auch private Gläubiger in einen Schuldenerlass mit

einbezieht. Wir setzen uns für einen internationalen Schuldenmanagementkonsens ein, der verschuldete Staaten entlastet und präventiv auf zukünftige Überschuldungssituationen wirkt.

3. Strategische Ziele sozialdemokratischer Entwicklungspolitik

3.1. Geopolitische Herausforderungen

Partnerschaften und Allianzen

Wir streben gleichberechtigte Partnerschaften auf Augenhöhe an. In einer multipolaren Welt, die geprägt ist von einem Systemwettkampf zwischen Demokratien und autoritären Regimen müssen wir verlässlicher Partner der Länder des Globalen Südens sein. Nur wenn wir uns gemeinsam weltweit für Menschenrechte und Demokratie einsetzen, schützen wir auch unsere Demokratie. Dieses Interesse formulieren wir gegenüber unseren globalen Partnern. Staatliche Entwicklungszusammenarbeit stärkt – im Zusammenspiel mit der Humanitären Hilfe – als „Diplomatie on the Ground“ strategische Partnerschaften und entwickelt gemeinsame Lösungen für globale Krisen und Herausforderungen. Im Sinne einer werteorientierten Interessenpolitik suchen wir aber auch den Dialog mit autokratisch geführten Ländern, um globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel gemeinschaftlich zu begegnen.

Wir intensivieren unsere Zusammenarbeit mit fragilen Staaten: also Staaten mit Defiziten in der demokratischen und rechtlichen Kontrolle, in der Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Entwicklungspolitik, die an diesen Defiziten ansetzt, die den Zugang zu Bildung und Wissenschaft bzw. den Aufbau von regionalen Innovationsstrukturen verbessert, soziale Sicherheit stärkt, wirtschaftliche Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe fördert, festigt demokratische Strukturen und wirkt konfliktpräventiv bzw. konfliktmindernd. Ganz entscheidend sind dabei unsere langjährigen, vertrauensvollen Beziehungen zur Zivilgesellschaft und nicht-staatlichen Akteuren.

Gerade in Zeiten von Konflikten, Kriegen und Krisen braucht es eine starke europäische und multilaterale Zusammenarbeit. Sowohl in strategischen Partnerschaften als auch in formalen Gremien. Dabei kooperieren wir eng mit den EU-Institutionen und anderen Mitgliedsstaaten und streben eine Koordinierung der entwicklungspolitischen Maßnahmen an. Um Vertrauen zu stärken bzw. wiederaufzubauen, setzen wir uns in multilateralen Foren wie den UN, G7 und G20 und auch in informellen Gremien für eine gleichberechtigte Mitbestimmung und Mitsprache des Globalen Südens ein. Die Kooperationen mit regionalen Organisationen wie der AU, ASEAN oder CELAC wollen wir bilateral und im Rahmen der EU stärken und wir unterstützen ihre bessere Repräsentanz in internationalen Organisationen. Die Aufnahme der AU in die Gruppe der G20 war ein wichtiges Signal, das wir ausdrücklich begrüßen.

Wir sehen Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit den Ländern des Globalen Südens als zentrales Element unserer Bestrebungen, unsere Partnerländer bei ihrem Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu unterstützen („Just Transition“). Dabei sollten Gewerkschaften in die Gestaltung und Umsetzung der Transformationsprozesse eng eingebunden werden.

Menschliche Sicherheit

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist nachhaltige und präventive Sicherheitspolitik. Sie fördert Frieden und Sicherheit – bevor Krisen entstehen. Dabei steht für uns das Konzept der menschlichen Sicherheit im Fokus.

Wir erkennen an, dass unterschiedliche Staaten und insbesondere unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, beispielsweise Mädchen und Frauen, unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse haben. Denn nachhaltigen Frieden kann es nur geben, wenn er inklusiv, also mit Frauen, Jugendlichen und anderen

marginalisierten Gruppen ausgehandelt wurde. Deshalb setzten wir uns für eine konsequente Umsetzung der UN Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit sowie Jugend, Frieden, Sicherheit ein.

Wir sind überzeugt, dass wir sicherheitspolitischen Herausforderungen mit einem integrierten Ansatz aus Entwicklungs-, Außen-, und Sicherheitspolitik begegnen müssen. Das heißt, humanitäre Hilfe, Entwicklungspolitik, Diplomatie und Verteidigungspolitik müssen kohärent und gleichberechtigt ineinandergreifen, denn gerade in Krisen- und Konfliktregionen ist es entscheidend, zivile und militärische Ansätze zu verbinden und menschliche Sicherheit ins Zentrum zu stellen. Oft sind es die entwicklungspolitischen Maßnahmen, die für die betroffene Bevölkerung den entscheidenden Unterschied machen.

Die auf langfristige nachhaltige Wirkungen ausgelegten Programme deutscher Entwicklungspolitik leisten einen elementaren Beitrag zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. Deutschland ist bereits jetzt einer der wichtigsten Geber der Friedensförderung und sollte diese Rolle stärken. Dabei schlägt die Übergangshilfe die wichtige Brücke zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit und leistet einen Beitrag zur langfristigen Unterstützung von Menschen.

Klimaveränderungen sind bereits heute weltweit eine reale Bedrohung für menschliche Sicherheit. Klimaphänomene wie langanhaltende Trockenheit, Waldbrände, Hitzeperioden und Überflutungen bedrohen die Lebensgrundlage vor allem der Menschen im Globalen Süden. Die Weltbank schätzt, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 143 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden könnten. Und Klimawandel und Biodiversitätsverlust haben auch Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, so stellen extreme Hitze, Zoonosen, Antibiotikaresistenzen etc. eine Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. Deshalb ist es neben der Umsetzung des One-Health-Ansatzes entscheidend, den Klima- und Biodiversitätsschutz vor Ort zu stärken und unsere Zusagen zur Klima- und Biodiversitätsfinanzierung einzuhalten. Wir müssen die globale Land- und Forstwirtschaft sowie das gesamte Ernährungssystem langfristig hin zu mehr Resilienz und Nachhaltigkeit transformieren. Nur so wird uns gelingen sowohl die Klima- als auch die Biodiversitätskrise aufzuhalten und die Ernährung der Zukunft zu sichern.

Damit einher muss der gerechte Übergang zu erneuerbaren Energien gehen, mit dem Ziel die wirtschaftliche und soziale Transformation unserer Partner voranzubringen und gleichzeitig Energiesicherheit für alle zu gewährleisten. Dafür sind nachhaltige Energiepartnerschaften, verknüpft mit den eigenen Zukunftsstrategien der Partner das richtige Instrument. Auch das ist feministische Entwicklungspolitik.

Flucht und Migration

Das individuelle Recht auf Asyl ist ein hohes Gut, wir stehen zu Deutschlands menschen- und völkerrechtlichen Verpflichtungen. Wir unterstützen den „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration - GCM). Wir wollen – auf der Basis regelbasierter Migration – Migrationspartnerschaften fördern, zirkuläre Migration ausbauen und die Entwicklungspotenziale von Migration stärker nutzen. Zusammen mit unseren Partnern in der EU oder den VN unterstützen wir Aufnahmeländer dabei, nachhaltige und menschenwürdige Strukturen für die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen zu schaffen und zu verbessern.

3.2. Gute Arbeit weltweit

Menschenwürdige Beschäftigung

Gute Arbeit weltweit zu stärken gehört zu den Kernaufgaben sozialdemokratischer Entwicklungspolitik. Gute Arbeit verringert Ungleichheit, fördert die Gleichstellung der Geschlechter und stärkt Gemeinschaft und Gesellschaft. Wir möchten menschenwürdige Arbeit und inklusives, nachhaltiges und innovationsförderndes Wirtschaftswachstum fördern und setzen uns dafür ein, Wirtschaftsleistung und Wohlstand vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Wir wollen die Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen fördern und dabei die Stärkung von besseren Löhnen und sozialer Sicherheit im Blick behalten. Denn sichere und gute Arbeitsplätze entstehen

nur, wenn auch soziale Sicherung und wirtschaftliche Nachfrage gestärkt werden. Weltweit arbeiten zwei Milliarden Menschen - das sind 61 Prozent aller Erwerbstätigen der Welt und 70 Prozent der Erwerbstätigen in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen - in der informellen Wirtschaft. Unser Ziel ist es, auch diese Menschen in menschenwürdige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen und soziale Sicherung zu ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei der aktiven Fach- und Arbeitskräftegewinnung internationale Prinzipien für eine ethisch verantwortbare Anwerbung angewendet werden, die die Interessen von Ziel- und Herkunftsländern sowie Migrant:innen berücksichtigen. Hierbei müssen ein sog. „Brain Drain“ – die Abwanderung von qualifizierten Fachkräften – vermieden und die sog. „Brain Circulation“ – bei denen die Herkunftsländer von im Ausland weiterqualifizierten Migrant:innen profitieren – gefördert werden. Internationale Bildungsmaßnahmen, umgesetzt durch unsere erfahrenen Institutionen und etablierten Strukturen, wollen wir im Sinne der Brain Circulation stärken.

Der gewerkschaftlichen Freiheit zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte kommt bei unseren Bemühungen für menschenwürdige Arbeit eine entscheidende Rolle zu. Nur durch die Stärkung von Mitbestimmung, fairen und existenzsichernden Einkommen sowie dem Auf- und Ausbau von demokratischen Gewerkschaften, die als Sozialpartner:innen gesellschaftlich anerkannt sind und auch als solche agieren, können wir eine gerechtere Arbeitswelt schaffen. Auf Basis dieser Grundsätze gestalten wir auch unsere Mitarbeit in multilateralen Foren, wie der G7 und der G20.

Wir setzen uns dafür ein, Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Menschenhandel weltweit abzuschaffen. Wir unterstützen die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit, mit dem Deutschland seiner internationalen Verpflichtungen nachkommt und Verantwortung als Zielland für Arbeitsmigration übernimmt, indem es ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse bekämpft.

Fairer Handel

Das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards sind für uns elementare Grundlagen globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten. Mit dem von der SPD initiierten und 2019 beschlossenen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz stellen wir sicher, dass diese Standards entlang globaler Lieferketten, darunter die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation eingehalten werden. Wir fördern damit Gute Arbeit weltweit.

Als größter gemeinsamer Wirtschaftsraum muss die EU bei fairen Lieferketten vorangehen und Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in ihren Lieferketten beenden. Für die entwicklungspolitische Wirksamkeit der EU-weiten Regelungen ist es dabei u.a. entscheidend, verantwortungsvolle Einkaufspraktiken global agierender Unternehmen als Teil der unternehmerische Sorgfaltspflicht zu regeln, die Zahlung existenzsichernder Löhne und Einkommen sicherzustellen sowie den effektiven Zugang zu Recht zu gewährleisten.

Wir unterstützen das Bestreben auf VN- und ILO-Ebene, um ein verbindliches internationales Abkommen zu fördern, das die Einhaltung von Standards im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte stärkt. Damit leisten wir einen Beitrag zu einem globalen Level Playing Field für multinationale Unternehmen.

Um unsere Rolle als Teil einer europäischen Wertegemeinschaft zu unterstreichen und um internationale Partnerschaften zu vertiefen, setzen wir uns für eine erweiterte Ausgestaltung von Handelsabkommen ein: Ziel sollte immer sein, sowohl die wirtschaftliche Produktivität zu steigern, als auch den sozialen Wohlstand – unter Berücksichtigung des Klimaschutzes – in den Ländern des Globalen Südens nachhaltig zu fördern.

Wir fordern weiterhin, dass in allen neuen EU-Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u.a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards vereinbart werden, die mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen

hinterlegt werden. Die grundlegenden Rechte von Arbeitnehmer:innen wie die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit, Koalitionsfreiheit oder das Recht auf Tarifverhandlungen sind für uns dabei nicht verhandelbar. Die Forderungen für Zusatzvereinbarungen zu EU-Handelsabkommen – sowohl für die aktuell verhandelten als auch für zukünftige Handelsverträge – sollten umsetzbar und nicht einseitig gestellt sein. Dabei ist ein Monitoring entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette notwendig.

Wir fördern den Aufbau regionaler Märkte auch über Landesgrenzen hinweg, wie etwa die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone und wollen – mit Blick auf ungenutzte Potentiale - den Süd-Süd-Handel stärken.

Soziale Sicherung

Soziale Sicherheit ist ein Menschenrecht. Doch rund vier Milliarden Menschen, insbesondere Mädchen, Frauen und andere marginalisierte Gruppen, leben weltweit ohne ausreichenden sozialen Schutz. Sie sind Risiken wie Hunger, Krankheit, Alter, Unfall oder Arbeitslosigkeit schutzlos ausgesetzt. Daher ist sozialer Basisschutz, der grundlegende Risiken absichert, entscheidend im Kampf gegen Armut und Ungleichheit und bei der Stärkung von gesellschaftlicher Resilienz.

Wir sind überzeugt, dass der Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern eine Investition in nachhaltige Strukturen und resiliente Gesellschaften ist. Unser Ziel ist es, signifikant mehr Menschen in unseren Partnerländern durch Grundsicherungen, Sozialversicherungen (inkl. Klimaversicherungen) sowie Arbeitsmarktmaßnahmen zu schützen.

Da es jedoch für viele Länder des Globalen Südens, insbesondere für einige Niedrigeinkommensländer, sehr schwierig ist, die für den Aufbau und die Finanzierung von Sozialschutzsystemen erforderlichen Mittel aufzubringen, benötigen diese Länder die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Deshalb setzen wir uns für eine Anschubfinanzierung für den Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme in Ländern des Globalen Südens ein.

Zu ausreichender sozialer Sicherung gehört auch, die Gesundheitssysteme im Globalen Süden auszubauen und für alle gerecht zugänglich zu machen. Mit unserer Entwicklungszusammenarbeit müssen wir dazu beitragen, die Forschung gegen vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten voranzubringen sowie die lokale Produktion von Impfstoffen und Medikamenten auszubauen.

Digitaler Wandel

Wir sind überzeugt: in den Ländern des Globalen Südens kann eine werteorientierte Digitalisierung mittels Vernetzung, verbesserter Kommunikation oder auch Zugang zu Wissen nachhaltig dazu beitragen, Bildungs- und Innovationschancen sowie die Beteiligung an wissenschaftlicher Forschung zu erhöhen, Armut zu reduzieren oder Gesundheitssysteme aufzubauen. Digitale Lösungen bieten Zugänge zu Informationen und Chancen für Teilhabe. Jedoch birgt Digitalisierung z.B. hinsichtlich Desinformationskampagnen und digitaler Gewalt auch Risiken. Daher unterstützen wir im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit Sensibilisierungsmaßnahmen und Analysen des regulatorischen Rahmens, um diese Risiken zu mindern.

Im Bereich der digitalen Entwicklungspolitik können Globaler Norden und Süden viel voneinander lernen und unser Engagement in diesem Bereich hat unmittelbare Auswirkungen auf unsere Partnerländer. Denn neben dem rein wirtschaftlichen Nutzen birgt die digitale Zusammenarbeit strategische Potenziale. Die effizientere Nutzung von Daten fördert nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum sowie die transparentere Nutzung finanzieller Mittel, die gezieltere Bereitstellung staatlicher Leistungen oder auch eine schnellere Reaktionsfähigkeit bei Naturkatastrophen und Pandemien.

Datenbasiertes Arbeiten steigert Wirkungen und Effizienz. So muss für eine belastbare Zwischenbilanz der Agenda 2030 die Datenlage verbessert werden, z.B. im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft, im Gesundheitssektor und auch bei Fragen der feministischen Entwicklungszusammenarbeit,

insbesondere bei der Überwindung der digitalen Geschlechterkluft und Bekämpfung digitaler geschlechterbasierter Gewalt. Denn der Zugang zu Daten ermöglicht es z.B. Wissenschaftler:innen aus dem Globalen Süden, auf nationaler und internationaler Ebene evidenzbasierte Beratungsleistungen bereitzustellen.

Wir prüfen, inwiefern wir mit unseren Partnerländern bei der Nutzung des Weltraums, z.B. bei Satellitenkommunikation und Datennutzung im Bereich der Geoinformation oder Erdbeobachtung stärker zusammenarbeiten können.

3.3. Frauen und Mädchen in den Fokus

Gleichberechtigung der Geschlechter

Frauen und Mädchen sind nach wie vor unverhältnismäßig stark von Armut und Diskriminierung betroffen, arbeiten häufig in unsicheren, schlecht bezahlten Verhältnissen und haben eingeschränkten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen wie Land oder Besitz. Die Gleichstellung der Geschlechter, der Einsatz für Frauenrechte und die Beendigung der Gewalt gegen Frauen und für die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen sind für uns zentrale Elemente einer sozialdemokratischen Entwicklungspolitik. Wir sind überzeugt, dass jede Frau und jedes Mädchen ein Recht auf ein Leben frei von Gewalt, Armut und Diskriminierung haben muss.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sind Menschenrechte. Frauen und Mädchen sowie anderen benachteiligten Gruppen werden ihre sexuellen und reproduktiven Rechte jedoch häufig verwehrt. Zudem leiden Frauen und Mädchen unter Menstruationsarmut. Wir setzen uns daher für den umfassenden Zugang zu Hygieneartikeln und sauberem Wasser während der Menstruation sowie zu Dienstleistungen und Informationen über reproduktive Rechte für Frauen und Mädchen sowie zu Verhütungsmitteln ein: Sie müssen frei entscheiden können, ob, wann und wie oft sie schwanger werden. Unterstützend befürworten wir Informationskampagnen für Männer und Jungen zu Themen der Frauengesundheit und reproduktiven Rechten. Wir wollen Mütterzentren als ganzheitlichen Versorgungsansatz für Schwangere und zur Geburtsnachsorge fördern, da nach wie vor viele Frauen bei Geburten sterben oder aufgrund mangelnder Hygiene unfruchtbar werden.

Wir wollen die Prävention und Behandlung weiblicher Genitalverstümmelung sowie eine ausreichende Unterstützung der Betroffenen engagiert vorantreiben – sowohl in Deutschland als auch weltweit.

Frauen und Mädchen sind nachweislich stärker von Krisen und Pandemien betroffen und überproportional gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, auch da sie die überwiegende Mehrheit des Pflegepersonals stellen. Wir setzen uns im Rahmen unserer sozialdemokratischen Entwicklungspolitik für einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen für Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen ein. Dazu gehören auch Impfgerechtigkeit und das Schließen des Gender Data Gap in der medizinischen Forschung.

Chancen und Teilhabe für Kinder und Jugendliche

Die UN-Kinderrechtskonvention ist handlungsleitend für unser Engagement für Kinder und Jugendliche. Die Mehrheit der Weltbevölkerung ist unter 25 Jahre alt und in vielen Ländern des globalen Südens stellen Minderjährige die größte Bevölkerungsgruppe. Dennoch werden die gesellschaftlichen Diskurse und Entscheidungsprozesse von der älteren Generation dominiert und für junge Menschen ist es schwer, ihre Interessen und Belange zu artikulieren. Wir wollen daher Jugendbeteiligung fördern, um den Einfluss von Kindern und Jugendlichen auf gesellschaftliche Prozesse zu erhöhen, u.a. damit sie ihre Rechte – wie zum Beispiel das Recht auf Bildung – wirksamer einfordern können.

Bildung ist ein weltweites Grundrecht und ein entscheidender Faktor für gesellschaftliche, politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Bildung ist daher zentral, um Armut und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen. Insbesondere Mädchen sind – aufgrund von patriarchalen Rollenbildern, Früh- und Zwangsverheiratungen oder auch Teenagerschwangerschaften - jedoch häufig

von Grundbildung ausgeschlossen und besuchen keine Schule. Wir setzen uns daher für eine Stärkung und den Ausbau des öffentlichen Bildungs- und Wissenschaftssystems in Ländern des Globalen Südens ein, das Kinder und Jugendliche befähigt, das eigene Potenzial auszuschöpfen, existenzsichernde Arbeit zu finden und zukunftsfähige Perspektiven zu entwickeln.

4. Fazit

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich stark...

- Für eine gerechte Entwicklungspolitik, die den Auf- und Ausbau sozialer Grundsicherungs- und nachhaltiger Ernährungssysteme vorantreibt sowie den Zugang zu einem qualitativ angemessenen Bildungs- und Gesundheitswesen auch für die ärmsten und vulnerabelsten Menschen sicherstellt.
- Für eine präventive Entwicklungspolitik, die das Fundament für eine nachhaltige Sicherheit legt und verstärkt im Dreiklang mit Außen- und Verteidigungspolitik agiert.
- Für eine nachhaltige Entwicklungspolitik, die zur Umsetzung und Erreichung internationaler Abkommen beiträgt und eine an menschenrechtlichen Standards orientierte sozialökologische und wirtschaftliche Transformation zum Wohle der Menschen in den Partnerländern anstrebt.
- Für eine feministische und dekoloniale Entwicklungspolitik, die die Bedürfnisse von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen priorisiert und zur Überwindung asymmetrischer globaler wie auch innergesellschaftlicher Machtstrukturen beiträgt.
- Für eine menschenwürdige Entwicklungspolitik, die nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördert und gerechte Arbeitsbedingungen schafft, um den Lebensunterhalt zu sichern und Armut und Hunger zu bekämpfen.
- Für eine partnerschaftliche Entwicklungspolitik, mit der wir die globalen Herausforderungen, vor denen wir als Weltgemeinschaft stehen, gemeinsam bewältigen und die Bedürfnisse und Interessen unserer Partnerländer Berücksichtigung finden.
- Für eine digitale Entwicklungspolitik, die weltweit mit der technologischen Entwicklung, ihren Herausforderungen und Chancen im Cyber- und Informationsraum gemeinsam mit unseren Partnerländern Schritt hält und analoge Diskriminierungsmuster nicht in die digitale Welt überträgt.
- Für eine europäische Entwicklungspolitik, die die entwicklungspolitischen Programme der europäischen Institutionen und EU-Mitgliedstaaten miteinander verzahnt, um Ressourcen und Wissen zu bündeln.
- Für eine effektive Entwicklungspolitik, wirksam auf die zunehmenden Krisen reagiert, dafür ausreichend Mittel zur Verfügung stellt sowie die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit stetig anhebt.
- Für eine gemeinsame Entwicklungspolitik, die in Kooperation mit internationalen und regionalen Organisationen wie der AU, ASEAN oder CELAC sowie den Vereinten Nationen und durch aktive Beteiligung an multilateralen Foren wie G7 und G20 zur Stärkung des Multilateralismus beiträgt.
- Für eine verantwortungsbewusste Entwicklungspolitik, die wirtschaftliche Interessen in Verbindung mit verbindlichen sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Standards setzt und die Einhaltung unternehmerischer Sorgfaltspflichten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vorantreibt.
- Für eine faire Entwicklungspolitik, die die Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sicherstellt und die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten in globalen Lieferketten monitort.